

# Niederschrift

## RAT/VIII/4

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 17.12.2009 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

### Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

### Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor  
Branse, Martin  
Deitert, Manuel  
Eimers, Alfred  
Espelkott, Tobias  
Everding, Clara  
Fedder, Ralf  
Isfort, Mechthild  
Kreutzfeldt, Klaus-Peter  
Lembeck, Guido  
Meier, Frank  
Meier, Lisa Margeaux  
Mensing, Hartwig  
Newman, Claudia

anwesend bis einschl. TOP  
20 ö. S.

Rahsing, Ewald  
Reints, Hermann  
Riermann, Günter  
Schenk, Klaus  
Schubert, Franz  
Schulze Baek, Franz-Josef  
Söller, Hubert  
Steindorf, Ralf  
Tendahl, Ludgerus  
Weber, Winfried  
Wilde, Andreas

### Von der Verwaltung

Gottheil, Erich  
Isfort, Werner  
Homing, Antonius  
Berger, Elke

Allgemeiner Vertreter  
Kämmerer  
Fachbereichsleiter  
Produktverantwortliche

anwesend bis einschl. TOP  
13 ö. S.

Roters, Dorothea

Schritfführerin

Als Gast zu TOP 18 ö.S.



## Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, unter ihnen etliche Jugendliche, sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung. Als Gast für den TOP 18 ö. S. begrüßte er außerdem Herrn Werremeier vom Kreisjugendamt Coesfeld. Er kündigte zudem an, dass zu einem späteren Zeitpunkt zum TOP 3 nö. S. Gäste des Kolping-Bildungswerkes erwartet würden.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 8. Dezember 2009 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Anschließend schlug Bürgermeister Niehues vor, die Beratung des TOP 18 ö. S. – „Gewährung eines Bau- und Einrichtungskostenzuschusses an die Kolpingsfamilie Osterwick zur Schaffung von Räumlichkeiten für die Offene Jugendarbeit im "Haus der Zukunft", Holtwick-cker Straße 6, Ortsteil Osterwick“ – vor den TOP 5 ö. S. vorzuziehen, um den zahlreich anwesenden Jugendlichen und dem eingeladenen Gast zu diesem Tagesordnungspunkt, Herrn Werremeier, unnötig lange Wartezeiten zu ersparen.

Er ließ über diesen Vorschlag **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit war der Vorschlag **angenommen**.

Fraktionsvorsitzender Weber beantragte, den TOP 3 nö. S. in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil aufzusplitten, damit die Vorstellung und Beratung des Küchenkonzeptes öffentlich stattfinden könne, während der Beschluss in nichtöffentlicher Sitzung vorgenommen werden solle.

Bürgermeister Niehues schlug vor, einen neuen Tagesordnungspunkt „Vorstellung der Konzeption für das Betreiben der Mensa an der Verbundschule Legden Rosendahl“ als Beratungspunkt an den Schluss der öffentlichen Sitzung aufzunehmen, wenn die hierzu vortragenden Gäste eingetroffen seien.

Er ließ über diesen Vorschlag **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
4 Enthaltungen

Damit war auch dieser Vorschlag **angenommen**.

### **1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)**

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

## **2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO**

### **2.1 Auswirkungen der Anhebung der Kreisumlage auf den Haushalt 2010 der Gemeinde Rosendahl - Herr Söller**

Ratsmitglied Söller erkundigte sich nach den Auswirkungen der geplanten Anhebung der Kreisumlage auf den Haushalt 2010 der Gemeinde Rosendahl, insbesondere nach der zu erwartenden Höhe der Jugendamtsumlage.

Kämmerer Isfort erklärte, dass mittlerweile die Eckdaten des Kreishaushaltes für das Jahr 2010 vorlägen. Danach belaufe sich die Kreisumlage voraussichtlich auf insgesamt 5.629.805 €. Die allgemeine Umlage erhöhe sich dabei um rd. 251.000 € und die Jugendamtsumlage um rd. 126.000 €. Die Erhöhung wäre im Übrigen noch höher ausgefallen, wenn Rosendahl nicht einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hätte. Bei dem dargestellten Zahlenwerk seien aber die Auswirkungen durch eine eventuell vorgesehene Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage noch nicht berücksichtigt.

### **2.2 Verwendung von Altmaterialien beim Bau des Bürgeradweges "Rockel" in Darfeld - Herr Schulze Baek**

Ratsmitglied Schulze Baek erklärte, dass er gehört habe, dass beim Bau des Radweges „Rockel“ in Darfeld Altmaterialien aus dem Bereich des ehemaligen Darfelder Bahnhofes verwendet worden seien, die umweltbelastend sein sollen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass für den betreffenden Radwegebau Bahnschotter, der für den geplanten Bahntrassenradweg nicht gebraucht werde, verbaut worden sei. Im Vorfeld seien aber Tiefenbohrungen und Schotteruntersuchungen vorgenommen worden, die eine so geringe Belastung ergeben hätten, dass eine Verwendung für den Radweg als unbedenklich eingestuft worden sei. Dieses Ergebnis läge auch schriftlich vor. Im Übrigen habe die Untere Boden-schutzbehörde der Verwendung des Bahnschotters für den Radweg ohne Einschränkung zugestimmt.

### **2.3 Korrektur der Anwesenheitslisten der Niederschriften zum Planungs-, Bau- und Umweltausschuss sowie des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses - Herr Kreutzfeldt/Herr Weber**

Ratsmitglied Reints erklärte, dass bei der Niederschrift der letzten Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusssitzung Herr Weber fälschlicherweise auf der Anwesenheitsliste erscheine.

Ratsmitglied Kreutzfeldt wies darauf hin, dass er bei der Niederschrift der letzten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses auf der Anwesenheitsliste

fehle.

Bürgermeister Niehues sagte eine Korrektur zu.

Hinweis:

Die Korrekturen wurden zwischenzeitlich im System vorgenommen und die Originale der betreffenden Niederschriften entsprechend aktualisiert.

## **2.4 Überprüfung eines möglichen Schimmelbefalls in den Unterrichtsräumen des Westtraktes der Verbundschule Legden Rosendahl - Herr Söller**

Ratsmitglied Söller fragte nach, ob im Rahmen der Begehung der Verbundschule Legden Rosendahl im Vorfeld der letzten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses in Räumen des Westtraktes am Schulstandort Osterwick Schimmelbefall festgestellt worden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass es sich beim möglichen Schimmelbefall nur um eine Vermutung gehandelt habe, die sich jedoch noch nicht bestätigt hätte. Wohl aber gäbe es ein Grundwasserproblem im Westtrakt, was eine gewisse Geruchsbelästigung verursache, sowie Probleme am Dach. Hier gäbe es noch eingehenden Prüfungs- und Unterhaltungsbedarf.

## **3 Bericht aus anderen Gremien**

### **3.1 Sitzung der Verbandsversammlung der Volkshochschule Coesfeld - Frau Isfort**

Ratsmitglied Isfort berichtete von der Sitzung der Verbandsversammlung der Volkshochschule Coesfeld, in der das Programm für das 1. Semester 2010 beschlossen worden sei.

### **3.2 Sitzung der Zweckverbandsversammlung der Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl - Frau Everding**

Ratsmitglied Everding berichtete von der Sitzung der Zweckverbandsversammlung der Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl am 14.12.2009 in Billerbeck. Ihr Eindruck sei sehr positiv und das finanzielle Engagement der Gemeinde Rosendahl gerechtfertigt.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass der auf maximal 40.000 € festgelegte Umlageanteil der Gemeinde Rosendahl trotz höherer Zahl der Unterrichtsstunden auch in 2010 nicht überschritten werde, was am gestiegenen Anteil des kostengünstigeren

Gruppenunterrichts läge.

### 3.3 **Konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl - Bürgermeister Niehues**

Bürgermeister Niehues berichte von der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl. Er selbst sei als Vorsitzender der Verbandsversammlung, Bürgermeister Kleweken als Verbandsvorsteher und stellvertretender Vorsitzender der Verbandsversammlung und Herr Lenz als stellvertretender Verbandsvorsteher gewählt worden. Weiter sei die angestrebte Änderung der Verbandssatzung - wie bereits im Vorfeld besprochen - verabschiedet und der Haushalt für das Jahr 2010 beschlossen worden.

### 4 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Ratssitzung gefassten Beschlüsse.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### 5 **Prüfung der Kommunalwahl vom 30. August 2009 Vorlage: VIII/39**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Wahlprüfungsausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Wahlprüfungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Gemäß § 66 Kommunalwahlordnung in Verbindung mit § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz wird

- a) die Wahl des Bürgermeisters
- b) die Wahl des Gemeinderates

vom 30. August 2009 für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Riermann nahm an der Abstimmung nicht teil.

### 6 **1. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren**

**Vorlage: VIII/54**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Ver- und Entsorgungsausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VIII/54 als Anlage I beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Riermann nahm an der Abstimmung nicht teil.

**7 18. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung**  
**Vorlage: VIII/53/1**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Ver- und Entsorgungsausschuss und die entsprechende Ergänzungsvorlage.

Ratsmitglied Fedder erkundigte sich, ob die Preiserhöhungen der letzten Jahre beibehalten worden seien.

Kämmerer Isfort erklärte, dass die vergangenen Erhöhungen in den derzeitigen Erhöhungssatz, der auf entsprechende Verhandlungen zurückgehe, eingeflossen seien.

Fraktionsvorsitzender Branse erkundigte sich nach einer Mengenauflistung im Abfallbereich und der Anzahl der Papiertonnen ab der Jahresmitte 2008, damit auf diese Weise die Entwicklung nach Einführung der Papiertonne erkennbar sei.

Kämmerer Isfort sagte eine entsprechende Auflistung zu. Diese Auflistung ist der Niederschrift als **Anlage I** beigefügt.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage VIII/53/1 als Anlage I beigefügte 18. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 Festlegung der Gebührensätze 2010 für die Erhebung von Gebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser  
Vorlage: VIII/70**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Ver- und Entsorgungsausschuss.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er es für problematisch und mit dem Kommunalabgabengesetz nicht vereinbar halte, dass sich die Gemeinde Fremdkapital kalkulatorisch verzinsen lasse.

Ratsmitglied Rahsing wies darauf hin, dass es Aufgabe des Bürgermeisters sei, bei einem Verstoß gegen das Kommunalabgabengesetz darauf hinzuweisen.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass der angesetzte Prozentsatz angemessen und zulässig und mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt worden sei. Hierüber sei im Rahmen der Beratung im Ver- und Entsorgungsausschuss ausführlich gesprochen worden.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er hierbei ein schlechtes Gefühl habe und er sich lieber auf sein Gerechtigkeitsgefühl, als auf die Verwaltung verlassen wolle.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Aufgrund der bestätigend zur Kenntnis genommenen Gebührenkalkulation werden die Gebührensätze für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Abwasserbeseitigungsanlage mit Wirkung vom 01.01.2010 wie folgt beschlossen:

- |  |         |
|--|---------|
| a) Gebühr je m <sup>3</sup> Schmutzwasser jährlich               | 2,44 €, |
| b) Gebühr je m <sup>2</sup> bebauter und/oder befestigter Fläche | 0,64 €. |

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen.

Ratsmitglied Mensing nahm an der Abstimmung nicht teil.

**9 Festlegung der Gebührensätze 2010 für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen  
Vorlage: VIII/71**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Ver- und Entsorgungsausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Aufgrund der bestätigend zur Kenntnis genommenen Gebührenkalkulation werden die derzeit geltenden Gebührensätze für die Entsorgung von Klärschlamm und Abwasser aus Grundstücksentwässerungsanlagen mit Wirkung vom 01.01.2010 wie folgt beschlossen:

- |  |              |               |
|--|--------------|---------------|
| a) Grundgebühr je Abfuhr   | von 102,38 € | auf 138,54 €, |
| b) Gebühr je m <sup>3</sup> entnommenem Klärschlamm aus Kleinkläranlagen | von 3,17 €   | auf 4,30 €,   |
| c) Gebühr je m <sup>3</sup> entnommenem Abwasser aus abflusslosen Gruben | von 2,22 €   | auf 3,20 €.   |

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10 4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kleineinleitergebühren und Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen**  
**Vorlage: VIII/72**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Ver- und Entsorgungsausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VIII/72 als Anlage I beigefügte 4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren, Kleineinleitergebühren und Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Kreuzfeldt nahm an der Abstimmung nicht teil.

**11 8. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen (Übergangsheimsatzung)**  
**Vorlage: VIII/73**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VIII/73 als Anlage I beigefügte 8. Änderungssatzung zur

Satzung der Gemeinde Rosendahl über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen (Übergangsheimsatzung) wird unter Kenntnisnahme der als Anlage II beigefügten Gebührenkalkulation 2010 beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Fedder nahm an der Abstimmung nicht teil.

**12 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Umlagen der Wasser- und Bodenverbände und für sonstige Kosten der Gewässerunterhaltung (Wasserverbandsgebühren) in der Gemeinde Rosendahl  
Vorlage: VIII/55**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Fraktionsvorsitzender Mensing regte an, alle Betroffenen durch ein entsprechendes Schreiben oder über die Presse darüber zu informieren, dass die Kleinbetragsregelung entfalle und die Gebühren nunmehr von allen Eigentümern erhoben würden.

Bürgermeister Niehues erklärte, diese Anregung aufzunehmen.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VIII/55 als Anlage I beigefügte 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Umlagen der Wasser- und Bodenverbände und für sonstige Kosten der Gewässerunterhaltung (Wasserverbandsgebühren) in der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Fedder nahm an der Abstimmung nicht teil.

**13 Bestellung von Vertretern der Gemeinde Rosendahl für die Ausschüsse der Wasser- und Bodenverbände "Dinkel", "Vechte", "Mittlere Berkel" und "Untere Berkel"  
Vorlage: VIII/76**

Bürgermeister Niehues verwies auf die entsprechende Sitzungsvorlage.

Er bat um Vorschläge für die noch fehlenden und noch zu benennenden ordentlichen Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder.

Fraktionsvorsitzender Mensing schlug als Ersatzmitglied für den Wasser- und Bo-

denverband „Dinkel“ sich selbst und als ordentliches Mitglied für den Wasser- und Bodenverband „Vechte“ Herrn Günter Riermann sowie als Ersatzmitglied Herrn Tobias Espelkott vor.

Fraktionsvorsitzender Steindorf schlug als Ersatzmitglied für den Wasser- und Bodenverband „Untere Berkel“ Herrn Ludger Tendahl vor.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Für die vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2014 dauernde neue Amtszeit der Ausschussmitglieder der Wasser- und Bodenverbände „Dinkel“, „Vechte“, „Mittlere Berkel“ und „Untere Berkel“ werden folgende Vertreter bestellt:

- a) Wasser- und Bodenverband „Dinkel“
- |                                |                        |
|--------------------------------|------------------------|
| <u>Ordentliche Mitglieder:</u> | <u>Ersatzmitglied:</u> |
| 1. Wübbelt, Christoph          | Mensing, Hartwig       |
| 2. Sundrum, Hermann            |                        |
| 3. Weßeling, Hubert            |                        |
| 4. Fedder, Ralf                |                        |
- b) für den Wasser- und Bodenverband „Vechte“
- |                                |                        |
|--------------------------------|------------------------|
| <u>Ordentliche Mitglieder:</u> | <u>Ersatzmitglied:</u> |
| 1. Wübbelt, Christoph          | Espelkott, Tobias      |
| 2. Kleining, Heinrich          |                        |
| 3. Gövert, Ulrich              |                        |
| 4. Riermann, Günter            |                        |
- c) für den Wasser- und Bodenverband „Mittlere Berkel“
- |                               |                       |
|-------------------------------|-----------------------|
| <u>Ordentliche Mitglieder</u> | <u>Ersatzmitglied</u> |
| 1. Wübbelt, Christoph         | Ulmker, Bernhard      |
| 2. Söller, Hubert             |                       |
- d) für den Wasser- und Bodenverband „Untere Berkel“
- |                               |                        |
|-------------------------------|------------------------|
| <u>Ordentliches Mitglied:</u> | <u>Ersatzmitglied:</u> |
| Schulze Baek, Franz-Josef     | Tendahl, Ludger        |

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14 Verlustabdeckung für das Regionalmanagement für die Jahre 2010 und 2011 im Zuge der Durchführung des LEADER-Projektes für die Region Baumberge  
Vorlage: VIII/75**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss und die dort getroffene Entscheidung, einen Beschluss erst in der Ratssitzung zu fassen. Zwischenzeitlich habe er die noch offenen Fragen abgeklärt. Bezüglich der Frage von Herrn Mensing, was geschehe, wenn die Kosten des Regionalmanagements höher seien als 15 % der verausgabten Mittel, erklärte er, dass eine entsprechende Nachfrage bei der Bezirksregierung ergeben habe, dass 15 % der zugesagten Fördersumme von 1,6 Mio. €, nicht aber der verausgabten Mittel maßgebend seien. Die Frage nach den Konsequenzen des Austritts einer Gemeinde habe er dort nicht abschließend klären können. Ein solcher Fall sei bislang noch nicht aufgetreten. Hier könne nur das Ministerium Klarheit schaffen. Es sei jedoch seitens des Ministeriums beabsichtigt, den Abwicklungszeitraum der Maßnahmen

über das Jahr 2013 hinaus zu verlängern, was sehr zu begrüßen sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er sich mit dem LEADER-Projekt schwer getan hätte, jedoch dem vorliegenden Beschluss zustimmen werde, um einen Imageschaden für die Gemeinde zu verhindern. Er fragte nach, ob der Zeitraum des LEADER-Programms nicht verkürzt werden könne, um auf diese Weise für 2012 / 2013 Managementkosten einzusparen.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass dieses wünschenswert sei, aber nur dann realisiert werden könne, wenn alle beteiligten Kommunen diesen Zeitrahmen einhielten, was er für problematisch halte.

Ratsmitglied Schulze Baek wies darauf hin, dass auch private Maßnahmen gefördert werden könnten, hierüber aber in der Öffentlichkeit wenig bekannt sei. Er halte es daher für wichtig, darauf gezielt hinzuweisen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dieses auch schon geplant sei.

Auch Ratsmitglied Schubert stimmte dieser Anregung zu. So könne beispielsweise der in Darfeld vorhandene Aktionskreis zur Förderung der Ortsentwicklung davon profitieren. Das solle besser bekannt gemacht werden.

Ergänzend fragte Ratsmitglied Schubert nach, ob auch Eigenleistungen als Kofinanzierung einer Maßnahme gewertet würden.

Bürgermeister Niehues sagte eine Klärung zu.

Fraktionsvorsitzender Branse erkundigte sich, ob die Gemeinde eine verbindliche Zusage geleistet habe.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass am 20.06.2007 ein Ratsbeschluss gefasst worden sei, der die Übertragung des Regionalmanagements für den genannten Zeitraum und die Verlustabdeckung für zunächst zwei Jahre beinhaltet hätte. Dieses Ergebnis sei der Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH (wfc) mitgeteilt worden, was einer verbindlich abgegebenen Erklärung gleichkäme.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte nach, ob über die Durchführung von Projekten noch eine Ratsentscheidung notwendig sei.

Bürgermeister Niehues bestätigte dieses. Immer dann, wenn die Gemeinde eine Maßnahme kofinanzieren, seien ein Ratsbeschluss und die Berücksichtigung der entsprechenden Mittel im Haushaltsplan erforderlich.

Ratsmitglied Reints erklärte, dass er mit dem Ergebnis zwar nicht zufrieden sei, er aber aufgrund des Sachzwanges keine andere Möglichkeit sehe, als dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Ratsmitglied Everding erkundigte sich, an wen sich Eigentümer eines denkmalgeschützten Hauses wegen einer möglichen Förderung wenden könnten.

Bürgermeister Niehues verwies auf Herrn Wellmer als Regionalmanager bei der wfc.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH (wfc) durch die Wahrnehmung des Regionalmanagements der LAG Baumberge nach Abzug der Landesmittel aus der LEADER-Förderung (50 %) entstehenden Personal- und Sachaufwendungen werden auch weiterhin für die Jahre 2010 und 2011 anteilig durch die Gemeinde Rosendahl übernommen. Der gemeindliche Kostenanteil beträgt max. 6.000 € pro Jahr. Die notwendigen Mittel sind in dem jeweiligen Haushaltsjahr zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15 Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Nikolaus Darfeld auf Gewährung eines Zuschusses für den An- und Umbau des St. Nikolaus Kindergartens Darfeld zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren  
Vorlage: VIII/58**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Schul- und Bildungsausschuss.

Zwischenzeitlich lägen die aktuellen, jedoch noch nicht endgültig abgestimmten Anmeldezahlen für die Rosendahler Kindergärten für das Kindergartenjahr 2010/2011 vor.

Fachbereichsleiter Homering gab die Zahlen bekannt, wies jedoch darauf hin, dass es aufgrund von Doppelanmeldungen vereinzelt noch zu leichten Verschiebungen kommen könne. Die entsprechende vorläufige Übersicht ist der Niederschrift als **Anlage II** beigefügt.

Insgesamt habe sich für Rosendahl die Zahl der Kindergartenkinder im Vergleich zum Vorjahr um 53 Kinder erhöht. Die Zahl der U 3-Kinder sei mit 78 Kindern entgegen der Prognosen erheblich höher als erwartet.

Auf Nachfrage von Fraktionsvorsitzendem Mensing erklärte Bürgermeister Niehues, dass eine genaue Ermittlung der Nachfrage nach den Gruppenformen (Typ I, Typ II oder Typ III) noch nicht hätte vorgenommen werden können.

Fraktionsvorsitzender Steindorf zeigte sich angesichts der vorliegenden Anmeldezahlen erfreut. Sollte ein Bedarf bestehen, könne man auch über die Einrichtung eines sog. Waldkindergartens nachdenken. Ein solches Angebot steigere die Attraktivität für die Eltern, zumal damit nur geringe Investitionskosten verbunden seien.

Ratsmitglied Schulze Baek wies darauf hin, dass in allen drei Ortsteilen zwei Träger Einrichtungen betrieben. Er fragte nach, ob Eltern im Bedarfsfall dazu bewegt werden könnten, eine andere als die gewünschte zu wählen.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass vereinzelt Gespräche mit den Eltern geführt werden könnten.

Ratsmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass er gegen die „Gießkannenmethode“ sei, wonach die Gemeinde für alle Einrichtungen Baukostenzuschüsse leiste. Vielmehr müsse dort investiert werden, wo die größte Nachfrage vorläge, z.B. bei den Einrichtungen des DRK. Die vorgelegten Zahlen verschleierte das unterschiedliche Nachfrageverhalten der Eltern.

Fachbereichsleiter Homering widersprach dieser Auffassung. Die Zahlen würden vielmehr belegen, dass alle Einrichtungen gleichermaßen nachgefragt würden.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er die Ausführungen von Herrn Kreuzfeldt nachvollziehen könne, gab aber zu bedenken, dass sich das Nachfrageverhalten von Eltern oft kurzfristig ändern könne.

Ratsmitglied Everding zeigte sich über die Anmeldezahlen überrascht und erklärte, dass unter diesen Umständen die Einrichtung eines Jugendhauses umso wichtiger sei. Die Idee eines Waldkindergartens begrüße sie sehr.

Ratsmitglied Kreuzfeldt wiederholte, dass nach seinem Eindruck die DRK-Einrichtungen in Darfeld und Holtwick einen größeren Zulauf hätten.

Fraktionsvorsitzender Branse bestätigte diesen Eindruck und erklärte, dass angesichts dieses Elternwillens eine Investition der Gemeinde in die katholischen Einrichtungen nicht richtig sei.

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorgelegten Zahlen, wonach auch die Eltern der in den katholischen Kindergärten angemeldeten Kinder verstärkt eine U 3-Betreuung wünschten. In der Vorberatung im Schul- und Bildungsausschuss habe Frau Dülker vom Kreis Coesfeld deutlich gemacht, dass der Bedarf an U 3-Plätzen in Rosendahl sehr groß sei und es daher notwendig sei, in allen Einrichtungen ein entsprechendes Angebot vorzuhalten. Für die U 3-Betreuung sei aber auch ein anderes Raumprogramm notwendig. Es sei auch für die Gemeinde wichtig, die Kindergärten vor Ort zukunftsfähig zu halten.

Ratsmitglied Deitert stellte den Antrag auf Abstimmung.

Fraktionsvorsitzender Branse sprach sich gegen eine Abstimmung aus. Er könne nur bestätigen, dass der DRK-Kindergarten dem katholischen Kindergarten in Darfeld den Rang abgelaufen habe. Er wolle über die Qualität der Einrichtungen keine Aussage tätigen, es seien die Eltern, die durch ihr Wahlverhalten ein Urteil fällen.

Ratsmitglied Schulze Baek erklärte, dass es darum ginge, dass sich die katholischen Kindergärten für eine U 3-Betreuung fit machten. Für die Gemeinde sei hier die Investition kostengünstiger als bei den DRK-Einrichtungen.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

1. Der für 2009 bereits bewilligte aber nicht zur Auszahlung gekommene Zuschuss von 10 v.H. der tatsächlichen Kosten der Sanierung des Flachdaches am Kath. St. Nikolaus Kindergarten Darfeld, höchstens aber 7.650 €, ist in den Haushalt 2010 einzustellen.
2. Die Notwendigkeit der Gewährung eines Zuschusses für den An- und Umbau des Kath. St. Nikolaus Kindergartens Darfeld zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren wird anerkannt. Haushaltsmittel in Höhe von 16.000 € werden in den Haushalt 2010 eingestellt. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Erklärung dieses Inhalts gegenüber der Zentralrendantur der Kath. Kirchengemeinden im Dekanat Coesfeld abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass er der Auffassung sei, dass es oft vom Personal und von bestimmten Elterngruppen abhängig sei, ob eine Einrichtung Zulauf hätte oder nicht. Er erinnerte daran, dass Kämmerer Isfort in der Fachausschusssitzung auf die Freiwilligkeit dieser Leistung für die Kindergärten hingewiesen habe. Über die Entwicklung im U 3-Betreuungsbereich sei er nicht sehr glücklich. Diese Entwicklung führe voraussichtlich in den nächsten Jahren zu mehr Arbeit und Kosten.

**16 Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Nikolaus Holtwick auf Gewährung eines Zuschusses für den An- und Umbau des St. Nikolaus Kindergartens Holtwick zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren  
Vorlage: VIII/59**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Schul- und Bildungsausschuss.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies auf die Dringlichkeit der Weitergabe der Anmeldungszahlen an den Kreis hin, da der Kreis Coesfeld die Daten für den Investitionsbedarf und für die Personalkostenplanung benötige.

Bürgermeister Niehues bestätigte dieses, allerdings sei es Angelegenheit der jeweiligen Träger, diese Zahlen weiterzugeben.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

1. Der für 2009 bereits bewilligte aber nicht zur Auszahlung gekommene Zuschuss von 10 v.H. der tatsächlichen Kosten der Sanierung der Satteldächer am Kath. St. Nikolaus Kindergarten Holtwick, höchstens aber 8.900 €, ist in den Haushalt 2010 einzustellen.
2. Die Notwendigkeit der Gewährung eines Zuschusses für den An- und Umbau des Kath. St. Nikolaus Kindergartens Holtwick zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren wird anerkannt. Haushaltsmittel in Höhe von 14.000 € werden in den Haushalt 2010 eingestellt. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Erklärung dieses Inhalts gegenüber der Zentralrendantur der Kath. Kirchengemeinden im Dekanat Coesfeld abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

**17 Antrag der Kath. Kirchengemeinde Ss. Fabian und Sebastian Osterwick auf Gewährung eines Zuschusses für den An- und Umbau des Ss. Fabian und Sebastian Kindergartens Osterwick zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren  
Vorlage: VIII/60**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Schul- und Bildungsausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die Notwendigkeit der Gewährung eines Zuschusses für den An- und Umbau des Kath. Kindergartens Ss. Fabian und Sebastian Osterwick zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren wird anerkannt. Haushaltsmittel in Höhe von 22.000 € werden in den Haushalt 2010 eingestellt. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Erklärung dieses Inhalts gegenüber der Zentralrendantur der Kath. Kirchengemeinden im Dekanat Coesfeld abzugeben.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

**18 Gewährung eines Bau- und Einrichtungskostenzuschusses an die Kolpingsfamilie Osterwick zur Schaffung von Räumlichkeiten für die Offene Jugendarbeit im "Haus der Zukunft", Holtwicker Straße 6, Ortsteil Osterwick  
Vorlage: VIII/67**

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes war vor den TOP 5 ö. S. vorgezogen worden.

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss. Da Herr Werremeier als Vertreter des Kreisjugendamtes an der Sitzung des Fachausschusses nicht teilnehmen können, stünde er nun in der Ratssitzung für Fragen, insbesondere hinsichtlich des Zuschusses des Kreises Coesfeld, zur Verfügung.

Anschließend gab Bürgermeister Niehues einen Überblick über die Eckpunkte der zurückliegenden Beratungen über ein Jugendhaus, die auf den Antrag des Beirates der Offenen Jugendarbeit Rosendahl aus dem April 2007 zurückgingen. Letztlich ginge es nun um die Einrichtung eines Jugendhauses im Erdgeschoss des Gebäudes Holtwicker Straße 6 in Osterwick. Die im Vorfeld geäußerten Bedenken hinsichtlich möglicher Folgekosten hätten ausgeräumt werden können. Der im Beschlussvorschlag unterbreitete jährliche Zuschuss sei – wie in den Vorjahren - auf 50.000 € begrenzt und gäbe aufgrund der Festlegung auf 10 Jahre für alle Beteiligten Planungssicherheit.

Mit der Bezirksregierung hätte abgeklärt werden können, dass eine Finanzierung sowohl über den Kreiszuschuss, als auch über das Konjunkturprogramm II zulässig sei. Beim Kreiszuschuss handele es sich zwar um Drittmittel, die im Regelfall wegen des Verbots einer Doppelförderung nicht in Anspruch genommen werden könnten, in diesem Fall aber über die Jugendamtsumlage refinanziert würden, also quasi als Eigenmittel zu werten seien. Probleme würden aber gesehen, wenn der Kolpingsfamilie Osterwick als Träger ein Zuschuss gewährt werde für den Umbau eines gemeindeeigenen Gebäudes. Daher sei es notwendig, die Baumaßnahme finanztechnisch über den gemeindeeigenen Haushalt abzuwickeln, wobei der Kolpingsfamilie aber die Trägerschaft der Baumaßnahme übertragen werde. Hierzu sei der ursprüngliche Beschlussvorschlag angepasst worden. An der Kostensumme und der Finanzierung ändere sich durch die andere Abwicklung jedoch nichts. Die Maßnahme sei voll gegenfinanziert durch den Kreiszuschuss, die eingeworbenen Sponsormittel und die Mittel aus dem Konjunkturpaket II.

Nachdem Bürgermeister Niehues den neuen Beschlussvorschlag verlesen hatte, ergänzte er seine Ausführungen noch um den Hinweis, dass ein Sanierungsbedarf des Daches nicht zu befürchten sei.

Der unter den Zuhörern anwesende stellvertretende Vorsitzende der Kolpingsfamilie

Osterwick, Herr Architekt Bußmann, erläuterte, dass er nach Überprüfung vor Ort festgestellt habe, dass das Dach noch zu Beginn der 90-er Jahre grundlegend renoviert worden sei.

Bürgermeister Niehues bestätigte, dass laut Aussage von Herrn Mertens im Hause im Zuge des Umbaus des Gebäudes zu einem Übergangwohnheim das gesamte Dach saniert worden sei, unter anderem mit neuen Dachpfannen und Dachflächenfenstern.

Ratsmitglied Reints erklärte, dass in der Vergangenheit bei ähnlichen Maßnahmen wie z.B. der Errichtung des Sportheimes in Holtwick oder dem Bau der Kunstrasenplätze in Osterwick und Darfeld seitens der Jugendverbände keine Kritik geäußert worden sei, nun aber bei der Einrichtung eines Jugendhauses von diesen Bedenken formuliert würden. Nur weil den Jugendvereinen Nachwuchsprobleme drohen könnten, dürfe man den Jugendlichen das Jugendhaus nicht verweigern. Die Skateranlage in Darfeld sei zudem ein gutes Beispiel dafür, dass die Jugendlichen ihre eigenen Anlagen gut pflegten. Die Finanzierung sei außerdem sehr überzeugend. In diesem Sinne freue er sich nun für die Jugendlichen. Was die Bedenken der Anwohner angehe, könnten klärende Gespräche mit allen Beteiligten sehr hilfreich sein.

Ratsmitglied Frank Meier erklärte, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Es gäbe einige Kritikpunkte, die sich allerdings nicht generell gegen die Offene Jugendarbeit, gegen ein Jugendhaus oder gegen die Kolpingsfamilie Osterwick als Träger richteten. Zunächst halte er es nicht für richtig, dass sich die Gemeinde auf 10 Jahre binde ohne zu wissen, welche Anforderungen an die Jugendarbeit in den nächsten Jahren gestellt würden. Des Weiteren seien die Anwohner in den vergangenen Jahren bereits durch die Einrichtung des Übergangwohnheimes mit dem damit verbundenen Konfliktpotenzial belastet worden. Auch fände er im Konzept zu wenig Konkretes bezüglich der Nutzung und der Nutzungsbedingungen. Zudem sehe er ein hohes finanzielles Risiko angesichts des Alters des Gebäudes. Während der geplanten Umbaumaßnahme träten möglicherweise weitere Baumängel auf, deren Behebung zu Lasten der Gemeinde ginge. Auch die Außenanlagen müssten noch gestaltet werden. Es stelle sich die Frage, ob dieses konkrete Gebäude für das Vorhaben überhaupt geeignet sei. Zuletzt gab er noch zu bedenken, dass auf die Gemeinde im Rahmen der Mehrwertsteuerpflicht weitere Kosten zukommen könnten. Aus allen diesen Gründen werde seine Fraktion dem Vorhaben nicht zustimmen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die von Ratsmitglied Meier geäußerten Bedenken in der Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses am 02.12.2009 bereits umfassend ausgeräumt worden seien. Der genannte Kostenrahmen werde aufgrund der vorgenommenen Prüfungen ausreichen und ein Umsatzsteuerproblem könne er nicht erkennen.

Ratsmitglied Frank Meier entgegnete, dass das Protokoll zur betreffenden Fachausschusssitzung nicht sehr befriedigend sei und die Zahlen zur Nutzung der Offenen Jugendtreffs nicht aussagekräftig seien.

Fraktionsvorsitzender Branse bezweifelte, dass es sich hier um eine kostenneutrale Maßnahme handele. Schließlich handele es sich um eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde, wozu es auch Alternativen gäbe. Angesichts eines Haushaltssicherungskonzeptes müssten alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden. Sollte in dieser Sitzung dem Beschlussvorschlag entsprochen werden, dann müsse ein Vertrag mit der Kolpingsfamilie Osterwick geschlossen werden, der zur Folge hätte, dass es sich von diesem Zeitpunkt an nicht mehr um eine freiwillige Leistung handele.

Herr Werremeier vom Kreisjugendamt stellte heraus, dass es vordringlich darum ginge, ein Angebot für Kinder und Jugendliche in Rosendahl zu schaffen. Die derzeitigen finanziellen Mittel würden auch jetzt schon für das Fachpersonal, für die Durchführung der Angebote und Betriebsaufwendungen aufgebracht. Er könne sich daran erinnern, dass der schon vor vielen Jahren aufgebaute Ortsjugendring, dem unter anderem die Vertreter der Landjugend und der Messdiener angehörten, sich damals verstärkt für die Institutionalisierung der Offenen Jugendarbeit in Rosendahl eingesetzt habe. Daher seien ihm die in den vergangenen Monaten gezeigten Reaktionen unverständlich.

Die Offene Jugendarbeit verfüge nun über professionelle Kräfte, es gäbe jedoch erhebliche räumliche Defizite. Nun sei es an der Zeit, geeignete Räumlichkeiten zu etablieren. Die Diskussion um den Standort eines Jugendhauses sei nicht neu. In Rosendahl habe es in der Vergangenheit schon einige Standortvorschläge gegeben, die aber alle wieder verworfen worden seien. Heute könne eine kostenneutrale Finanzierung realisiert werden, nicht zuletzt über eigene Mittel beim Kreis Coesfeld. Die Festlegung auf 10 Jahre ermögliche zudem Finanzsicherheit und stelle somit kein Risiko dar. Eine Entscheidung gegen das Konzept wäre schade für alle Jugendlichen – sowohl für die verbandlich organisierten Jugendlichen wie auch für die Jugendlichen der Offenen Jugendarbeit.

Ratsmitglied Lisa Margeaux Meier bezweifelte, dass die Kostenaufstellung vollständig sei und alle möglichen Kosten, wie z.B. für die Verlängerung des Zaunes, beinhalte.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass Kosten für die Erweiterung des Zaunes nicht aufgeführt seien, da die Gemeinde nicht mehr benötigte Zaunelemente hierfür wieder verwenden könne.

Ratsmitglied Deitert erklärte, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen werde, was weder mit mangelnder Jugendfreundlichkeit noch mit einer Bevorzugung der verbandlichen Jugendarbeit zu tun habe.

Ein Jugendhaus werde nicht benötigt, da bereits heute drei kleine Jugendtreffs vorhanden seien. Kämmerer Isfort habe von der Politik den Auftrag erhalten, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Dieses bedeute auch, dass alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden müssten. Auch hätten die Nachbarn ihre Bedenken schriftlich geäußert. Ein Gebäude in einem Wohngebiet zu einem Jugendhaus umzubauen sei eine nicht geeignete Maßnahme, der ggf. angedachte Ausbau des Obergeschosses könne weitere Lärmprobleme verursachen. Einen Zaun um ein Jugendhaus zu ziehen halte er für nicht gut, aber ohne Zaun könne die Nutzung des Geländes außerhalb der Öffnungszeiten nicht ausgeschlossen werden. Jugendarbeit müsse vielmehr vor Ort stattfinden, mit dem Jugendhaus entstünde ein Ungleichgewicht der Ortsteile zugunsten von Osterwick. Die Busverbindungen seien unzureichend, zu teuer für Jugendliche und zu zeitaufwändig. Seine Fraktion wolle ein gleichgewichtiges Angebot in allen drei Ortsteilen. Die derzeit vorhandenen Räumlichkeiten könne man verbessern und in Kooperation mit den Jugendvereinen und den Kirchengemeinden ausbauen.

Ratsmitglied Frank Meier ergänzte, dass durch die Festlegung auf 10 Jahre die Offene Jugendarbeit auf Problemjugendliche und auf eine bestimmte Form der Jugendarbeit ausgerichtet sowie für bestimmte Gruppen gedacht sei. Wenn keine Auftragsarbeiten durchgeführt würden, dann würden seines Wissens andere steuerrechtliche Bedingungen gelten.

Bürgermeister Niehues erklärte, er könne diese Auffassung nicht teilen. Ähnlich sei auch beim Ausbau des Umkleidegebäudes am Holtwicker Sportplatz verfahren worden, ohne dass steuerrechtliche Probleme aufgetaucht wären. Diese Form der

Maßnahmenumsetzung sei mehrfach schon erfolgreich praktiziert worden.

Herr Werremeier stellte klar, dass es sich bei dem geplanten Jugendhaus nicht um eine Erziehungseinrichtung handele. Das Haus stelle ein Angebot für alle Jugendlichen dar. Es solle unter anderem auch ein Platz für all diejenigen Jugendliche geschaffen werden, die sich nicht nur im Rahmen der Vereinsaktivitäten treffen wollten. Es gäbe zur Betreuung pädagogische Fachkräfte, und sollte ein zusätzlicher Bedarf entstehen, werde dieses vom Kreis beobachtet und entsprechend reagiert. Die Situation in den derzeit bestehenden Jugendtreffs schätze er anders als Herr Deitert ein. Es sei zwar in den vergangenen Jahren dort einiges investiert worden, sie seien aber zu klein und mittlerweile habe sich ein anderer Bedarf entwickelt, was sich auch an den Umfrageergebnissen deutlich ablesen lasse. Einen Ausbau der vorhandenen Standorte könne er nicht befürworten, dieser würde für die Gemeinde auch erheblich mehr Kosten verursachen.

Fraktionsvorsitzender Mensing zeigte sich verwundert über die Haltung der CDU-Fraktion, die er im Widerspruch zu deren Standpunkt der Vorjahre sah. Sollte die CDU-Fraktion die Offene Jugendarbeit als freiwillige Leistung einschätzen, dann solle sie auch offen bekennen, dass sie nicht nur den Zuschuss von 50.000 €, sondern prinzipiell die gesamte Offene Jugendarbeit in Frage stelle. Was mögliche Probleme mit den Nachbarn angehe, frage er sich, welches Bild von den Jugendlichen bei den Kritikern vorherrsche. Vor einiger Zeit sei bei den Überlegungen zur Umnutzung der ehemaligen Vikarie in Osterwick zu einem Jugendhaus ebenfalls das Argument der Störung der Nachbarschaft vorgebracht worden und hätte zum Scheitern geführt. Man dürfe auch nicht davon reden, dass das Jugendhaus von problematischen Jugendlichen besucht würde. Das Konzept des Jugendhauses sei außerdem nicht, wie zuvor behauptet, auf 10 Jahre festgeschrieben, sondern würde laufend angepasst. Es könne nicht angehen, erneut nach einem neuen Standort zu suchen, womöglich abgeschieden in einem Gewerbegebiet oder in offenem Gelände. Als es um den Standort der Bänke in Darfeld gegangen wäre, hätte sich die CDU-Fraktion doch auch dafür ausgesprochen, den Jugendlichen ihren Platz im Dorf zu belassen.

Ratsmitglied Kreuzfeldt zeigte sich empört über das Bild, das in einigen Diskussionsbeiträgen von den Jugendlichen gezeichnet würde. Es sei diffamierend, Jugendliche pauschal als störend einzuschätzen. Seiner Ansicht nach würde eine Neiddebatte geführt. Sollten die Jugendvereine Probleme damit haben, dass ihre Mitglieder zur Offenen Jugendarbeit gingen, dann sollten sie ihr eigenes Angebot überdenken. Anschließend fragte er nach der zu erwartenden Zweckbindung des Gebäudes.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er von einer Zweckbindung von 25 Jahren ausginge.

Herr Werremeier ergänzte, dass der Zeitraum von 25 Jahren Teil der Förderbedingungen sei, sollte sich der Bedarf jedoch ändern, bestünde zum einen die Möglichkeit der Rückzahlung bzw. der Umnutzung für ein anderes Segment der Kinder- und Jugendarbeit.

Ratsmitglied Espelkott erklärte, dass er selbst früher die Räume des Darfelder Jugendtreffs regelmäßig besucht habe. Sie wären zwar nicht schlecht gewesen, aber man habe dennoch neidisch auf die Nachbargemeinden geschaut, die über ein Jugendhaus verfügten. Das vorliegende Nutzungskonzept entspräche den gewandelten Bedürfnissen der Jugendlichen und könne jederzeit angepasst werden. Die ursprünglichen Bedenken hinsichtlich der Bausubstanz des Gebäudes hätten ausgeräumt werden können. Im Sinne eines Zusammenwachsens aller drei Ortsteile sei die Einrichtung eines Jugendhauses sehr wichtig.

Fraktionsvorsitzender Weber erinnerte daran, dass seine Fraktion die Jugendarbeit immer unterstützt habe. Angesichts des vorgelegten Nutzungskonzeptes und der dargelegten Finanzierung könne man nicht gegen die Einrichtung des Jugendhauses sein. Allein die vom Bürgermeister eingeworbenen zweckgebundenen Sponsoringelder seien sehr wertvoll. Ungeachtet des bekannten Sparwillens seiner Fraktion könne er bei diesem Projekt keine finanziellen Risiken erkennen. Er vermute, dass die überraschend neue Haltung der CDU-Fraktion mit ausgeübtem Druck seitens der kirchlichen Jugendverbände zusammenhänge. Im Falle der Förderung der kirchlichen Kindergärten sähe die CDU-Fraktion auch kein Problem damit, diese freiwillige Leistung zu tätigen.

An Herrn Meier gerichtet kritisierte er dessen Aussage, es handle sich bei den Besuchern des Jugendhauses um problematische Jugendliche.

Anschließend beantragte Ratsmitglied Weber geheime Abstimmung.

Ratsmitglied Lisa Margeaux Meier äußerte Bedenken zum Standort des geplanten Jugendhauses. Das Freizeitverhalten der Jugendlichen wäre schwerpunktmäßig in den Abendstunden angesiedelt, diese Zeiten könnten durch das Jugendhaus und die Offene Jugendarbeit nicht abgedeckt werden. Auch fehlten in der Kostenaufstellung Positionen, die nicht bedacht worden seien. Darüber hätte man sich vorher Gedanken machen müssen.

Ratsmitglied Eimers erklärte, dass seit Jahren die Offene Jugendarbeit mit dem jährlichen Zuschuss von 50.000 € gefördert werde. Er habe Bedenken, dass dieses Geld nicht ausreiche, wenn ein größeres Jugendhaus betrieben werden müsse. Auch der zentrale Standort in Osterwick sei problematisch. Den vom sachkundigen Bürger Görny in der Fachausschusssitzung geäußerten Vorschlag einer kostenlosen Busverbindung für Darfelder und Holtwicker Jugendliche zum Jugendhaus halte er daher folgerichtig für sinnvoll.

Ratsmitglied Everding appellierte für eine positive Entscheidung zugunsten der Einrichtung eines Jugendhauses. Schon lange würden die Jugendlichen auf diese Entscheidung warten, würden aber immer wieder getröstet, so dass sie mittlerweile von der Politik enttäuscht seien. Die neue Haltung der CDU-Fraktion könne sie nicht nachvollziehen.

Ratsmitglied Deitert erklärte, mittlerweile seien alle Standpunkte zur Sprache gekommen. Niemand wolle die Offene Jugendarbeit einstellen. Es ginge letztlich nur um die Frage, wie die Jugendarbeit in den einzelnen Ortsteilen am besten ankomme. Er hoffe daher auf ein Ende der Diskussion.

Herr Werrmeier bestätigte, dass in allen drei Ortsteilen etwas angeboten werden müsse, dieses aber auch eine Kostenfrage sei. Für einen zentralen Standort böte sich als Einstieg Osterwick an. Er sähe sich in dieser Diskussion als Lobbyist der Jugendlichen, und diese Jugendlichen erwarteten nun von der Politik eine Erklärung, was man wolle. In Rosendahl sei seit langem ein enormer Bedarf, für die Jugend zu investieren. Nun läge ein Konzept vor, das einen kostenneutralen Umbau ermögliche und für die Folgezeit einen gleich bleibenden Zuschussbedarf wie in den Vorjahren sichere.

Ratsmitglied Frank Meier äußerte sich abschließend dahingehend, dass seine Fraktion weder gegen die Offene Jugendarbeit, noch gegen geeignete Räumlichkeiten sei. Auch sei es nicht seine Absicht gewesen, Jugendliche auszugrenzen. Ein vorhandenes Konfliktpotenzial sei aber nicht zu leugnen, denn schließlich gehörte die Betreuung von problematischen Jugendlichen zum Kernbereich der Offenen Jugendarbeit. Seine Fraktion sei vorher nicht im Rat vertreten gewesen und könne daher ihre Meinung auch nicht geändert haben.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies darauf hin, dass den neuen Ratsmitgliedern die Diskussionen der Vorjahre nicht bekannt seien. Er ärgere sich, dass seit nunmehr vier Jahren die Planungen für ein Jugendhaus betrieben würden. Der Rat der vorangegangenen Wahlperiode habe – mit Stimmenmehrheit der CDU-Fraktion – den Beschluss gefasst, ein Gebäude für die Einrichtung eines Jugendhauses zu suchen und dafür Mittel im Haushalt veranschlagt. Insofern habe die CDU-Fraktion eine offensichtliche Kehrtwendung vollzogen.

Der Standort eines Jugendhauses in Osterwick sei akzeptabel. Wenn das Angebot im Jugendhaus für die Jugendlichen attraktiv sei, dann würden diese auch Mittel und Wege finden, dorthin zu gelangen. Es sei im Übrigen doch für alle mittlerweile klar geworden, dass es sich die Gemeinde nicht mehr leisten könne, alles in allen drei Ortsteilen vorzuhalten.

Ratsmitglied Schulze Baek wies darauf hin, dass die Arbeit der Jugendvereine nicht mit der Arbeit der Offenen Jugendarbeit, die von professionellen Kräften geleistet werde, verglichen werden dürfe. Das geplante Jugendhaus sei nur für die Jugendlichen der Offenen Jugendarbeit, während Jugendvereine bei einer Nutzung einen finanziellen Beitrag leisten müssten. Er habe festgestellt, dass das Konzept des geplanten Jugendhauses in der Öffentlichkeit negativ diskutiert und beurteilt werde. Daher habe er seine Meinung hierzu geändert.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass es nicht richtig sei, verbandliche Jugendliche gegen Jugendliche der Offenen Jugendarbeit abzugrenzen. Es sei der Wunsch der Jugendlichen, ein Jugendhaus an zentraler Stelle im Dorf zu schaffen. Er appellierte für eine gegenseitige Achtung unterschiedlicher Positionen. Es sei nicht richtig, jemandem, der sich gegen das vorgelegte Konzept entscheide, Jugendfeindlichkeit vorzuwerfen.

Ratsmitglied Newman wies darauf hin, dass der Rat der Gemeinde Rosendahl für alle Bürgerinnen und Bürger da sein solle, also auch für die Jugendlichen. Diese hätten sich in der Umfrage eindeutig für die Schaffung eines Jugendhauses ausgesprochen. Negative Diskussionen in der Öffentlichkeit stellten kein Gesamtbild der Bevölkerung dar. Die Wünsche der Jugendlichen müssten ernst genommen werden.

Ratsmitglied Everding erklärte, dass sie in der Öffentlichkeit, insbesondere im Gespräch mit Eltern, nur positive Meinungsäußerungen zum geplanten Jugendhaus gehört habe.

Fraktionsvorsitzender Weber wies darauf hin, dass es eine Frage vertraglicher Regelung wäre, ob und welchen Obolus die Jugendvereine im Falle einer Nutzung zu entrichten hätten. Hier könne man eine einvernehmliche Regelung finden. Seiner Auffassung nach würde jeder, der sich gegen das geplante Jugendhaus ausspreche, sich gegen die Jugend wenden.

Ratsmitglied Rahsing beantragte die Abstimmung.

Bürgermeister Niehues ließ zunächst über den Antrag von Fraktionsvorsitzendem Weber auf geheime Abstimmung **abstimmen**.

Hierfür sprachen sich mehr als ein Fünftel der anwesenden Ratsmitglieder aus.

Damit war der Antrag auf geheime Abstimmung **angenommen**.

Daraufhin schlug Bürgermeister Niehues Herrn Homering und Frau Berger als

Stimmzähler vor. Diesem Vorschlag wurde von den Ratsmitgliedern einvernehmlich zugestimmt.

Anschließend wurde die geheime Abstimmung durchgeführt.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

1. Dem vorgestellten Konzept zur teilweisen Nutzung des gemeindeeigenen Gebäudes Holtwicker Straße 6 für die Offene Jugendarbeit wird zugestimmt.
2. Die für die Offene Jugendarbeit vorgesehenen Räumlichkeiten werden der Kolpingsfamilie Osterwick als Träger der Offenen Jugendarbeit für einen Zeitraum von 10 Jahren mit einer Verlängerungsoption unentgeltlich zur Verfügung gestellt.
3. In einer zwischen der Gemeinde Rosendahl und der Kolpingsfamilie Osterwick abzuschließenden Vereinbarung ist zu regeln, dass für die Dauer der Nutzung der vorstehenden Räumlichkeiten von der Gemeinde Rosendahl ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 50.000,-- € für die Offene Jugendarbeit gewährt wird und hiermit u.a. die für die Nutzung der im Gebäude Holtwicker Straße 6 überlassenen Räumlichkeiten entstehenden Nebenkosten (Heiz- und Stromkosten, Wassergeld, Abwasser- und Müllabfuhrgebühren) abgegolten sind. Soweit diese Nebenkosten nicht von der Kolpingsfamilie Osterwick erstattet werden, erfolgt eine Verrechnung mit dem jährlich zu zahlenden Zuschuss. Der jährliche Zuschuss wird für Dauer von 10 Jahren auf 50.000,-- € begrenzt.
4. Die Kolpingsfamilie Osterwick führt als Träger der Baumaßnahme die erforderlichen Maßnahmen im Auftrag der Gemeinde Rosendahl durch. Für die Umbaumaßnahmen werden Materialkosten bis zu einer maximalen Höhe von 90.000,-- € übernommen. Für die Einrichtung werden die Anschaffungskosten bis zu einer maximalen Höhe von 10.000,-- € übernommen.
5. Die konkrete Ausgestaltung der zur Nutzung für die Offene Jugendarbeit überlassenen Räumlichkeiten hat in Abstimmung mit dem Rosendahler Jugendforum und der Gemeinde Rosendahl zu erfolgen.
6. In der Vereinbarung mit der Kolpingsfamilie Osterwick ist zu regeln, dass auch künftig in den Ortsteilen Darfeld und Holtwick im Rahmen der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten Angebote für die Offene Jugendarbeit aufrechterhalten werden.
7. Der im Haushalt 2009 der Gemeinde Rosendahl (Seite 113) beim Produkt Gebäudemanagement veranschlagte Teilbetrag für die Herrichtung von Räumen für die gemeindliche Jugendarbeit in Höhe von 90.000,-- € und der beim Produkt „Gemeindliche Kinder-, Jugend- und Familienförderung“ für die Einrichtung des Jugendhauses veranschlagte Betrag in Höhe von 10.000,-- € werden eingespart. Dafür erfolgt eine Neuveranschlagung dieser Mittel im Haushalt 2010 entsprechend der in der Sitzungsvorlage dargestellten Finanzierung.
8. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Inhalt des Beschlusses der Kolpingsfamilie Osterwick als Träger der Offenen Jugendarbeit mitzuteilen und einen entsprechenden Vertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Anschließend bedankte sich Bürgermeister Niehues bei Herrn Werremeier und verabschiedete ihn.

**19 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW für Maßnahmen im Rahmen des Baues einer Mensa an der Verbundschule Legden Rosendahl am Standort Osterwick  
Vorlage: VIII/63**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Schul- und Bildungsausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der bei dem Produkt 10 / 01.015 – Gebäudemanagement – für das Bauprojekt „Mensa“ eintretenden zusätzlichen überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von gerundet 25.500 € wird gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt. Die Deckung der Mehrkosten erfolgt durch Mehreinzahlungen bei der Gewerbesteuer bei dem Produkt 28 / 01.013 – Steuern, Abgaben und Entgelte.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen

**20 Genehmigung zur außerplanmäßigen Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW für die Erstellung der Außenanlagen und für die Beschaffung der Möbel für die Mensa an der Verbundschule Legden Rosendahl am Standort Osterwick  
Vorlage: VIII/62**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Schul- und Bildungsausschuss.

Ratsmitglied Söller erkundigte sich, ob in der veranschlagten Summe von 120.000 € für die Verbundschule auch die Kosten für die Möblierung der Mensa enthalten seien.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ein Fachraum nicht mehr renoviert worden sei, so dass der Kostenrahmen nicht ausgeschöpft worden sei.

Kämmerer Isfort erläuterte, dass die außerplanmäßige Inanspruchnahme der betreffenden Verpflichtungsermächtigungen haushaltsrechtlich der beste Weg sei, da mit Ablauf des Jahres 2009 die veranschlagten Mittel für die Investitionen im Finanzplan unwirksam würden.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er bereits im Fachausschuss gegen den Beschlussvorschlag gestimmt habe, da er der Auffassung sei, dass die veranschlagten 50.000 € für die Außenanlagen und die 20.000 € für die Möblierung zu pauschal angesetzt seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass die ermittelten Werte auf Planungen und Berechnungen zurückgingen und daher angemessen seien.

Ratsmitglied Schubert erklärte ebenfalls, dass er sich eine explizite Aufstellung mit genauer Bezifferung der Einzelpositionen gewünscht hätte. Ihm seien die Summen ebenfalls zu pauschal.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass es sich hier nicht um Auftragsvergaben handle, diese stünde erst zu einem späteren Zeitpunkt an. Dann würden die Summen auch detailliert vorgelegt.

Ratsmitglied Eimers beantrage die Abstimmung.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

1. Zum Zwecke der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen, den Auftrag für die Erstellung der Außenanlagen an der Mensa (Produkt 10 / 01.015 – Grundstücksmanagement) zu Beginn des Jahres 2010 erteilen zu können, wird einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von bis zu 50.000 € zu Lasten der Verpflichtungsermächtigungen für die bei dem Produkt 10 / 01.016 – Grundstücksmanagement – veranschlagten Maßnahmen „Erneuerung der Heizungsanlagen Feuerwehrgerätehäuser Darfeld und Osterwick“ zugestimmt.
2. Zum Zwecke der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen, den Auftrag für die Beschaffung der Möbel an der Mensa (Produkt 13 / 03.002 – Haupt- und Verbundschule) zu Beginn des Jahres 2010 erteilen zu können, wird einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von bis zu 20.000 € zu Lasten der Verpflichtungsermächtigung für die bei dem Produkt 10 / 01.016 – Grundstücksmanagement – veranschlagte Maßnahme „Erneuerung der Heizungsanlage Feuerwehrgerätehaus Holtwick“ zugestimmt.
3. Durch die Umschichtungen nach den Ziffern 1. und 2. bleibt der in der Haushaltssatzung 2009 festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen unverändert.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen

Frau Newman hatte vor der Abstimmung die Sitzung verlassen.

*Anschließend wurde von 22.20 Uhr bis 22.30 Uhr eine Sitzungspause eingelegt.*

## 21 **Vorstellung der Konzeption für das Betreiben der Mensa an der Verbundschule Legden Rosendahl**

Dieser Tagesordnungspunkt war zuvor zusätzlich an das Ende der öffentlichen Sit-

zung in die Tagesordnung aufgenommen worden.

Da mit Ausnahme der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger keine Zuhörer mehr anwesend waren, konnte mit Zustimmung der Ratsmitglieder die Beratung auch unter Berücksichtigung der nur für die nichtöffentliche Sitzung vorgesehenen Daten durchgeführt werden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Niehues die erschienenen Vertreter des Kolping-Bildungswerkes Coesfeld, und zwar Herrn Rave als Geschäftsführer und Herrn Appelmann als Betriebsleiter.

Herr Rave erläuterte anhand einer Präsentation das Konzept zum Betreiben der Mensa an der Verbundschule Legden Rosendahl am Standort Osterwick. Diese Präsentation ist der Niederschrift als **(nichtöffentliche) Anlage III** beigefügt.

Fraktionsvorsitzender Weber erkundigte sich, ob bei der Gestaltung des Essensplanes auch auf Vegetarier Rücksicht genommen werde. Er bezweifle, dass der veranschlagte Betrag für eine vollwertige Mahlzeit ausreiche. Er erkundigte sich außerdem nach den Investitionen für das Kücheninventar.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass noch zwei Aufträge zu erteilen seien – für Kleininventar (Kochtöpfe u. ä.) und für das Geschirr im Speiseraum. Das Auftragsvolumen läge jedoch im Entscheidungsrahmen des Bürgermeisters. Die notwendigen Finanzmittel stünden hierfür zur Verfügung.

Fraktionsvorsitzender Mensing erkundigte sich nach der Möglichkeit, Mahlzeiten für Moslems sowie Obst und Salat für alle Kinder anzubieten.

Herr Rave erläuterte, dass für Moslems bei Bedarf Alternativessen angeboten würden.

Herr Appelmann zählte unterschiedliche Menüfolgen auf und wies darauf hin, dass saisonales Obst und Salat ebenfalls zum Angebot, wenn auch nicht täglich, zählten.

Fraktionsvorsitzender Weber wies darauf hin, dass es immer ein Anliegen der Gemeinde Rosendahl gewesen sei, dass die Firmen, mit denen sie zusammenarbeite, bei den Gehältern der Angestellten die tariflichen Vorgaben beachteten.

Herr Appelmann sicherte zu, dass die Angestellten nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) bezahlt würden. Man würde sich dabei aber strikt an die Eingruppierungsvorschriften halten. Allerdings seien die Entgelte nicht besonders hoch.

Ratsmitglied Rahsing ergänzte, dass der Tarifvertrag aber einen gewissen Handlungsspielraum bei der Wahl der Stufen einräume.

Ratsmitglied Everding fragte nach, was nach der einjährigen Erprobungsphase passiere.

Herr Rave erläuterte, dass die Erfahrungen aus dem ersten Jahr der Nachkalkulation hinsichtlich des Personaleinsatzes und des Einkaufs dienen. Als Großabnehmer würden auch günstigere Preise als für Privathaushalte ausgehandelt werden können. Man müsse auch abwarten, wie sich die Nachfrage entwickeln werde. Gegebenenfalls müsste dann höhere Preise für eine Mahlzeit oder ein Zuschuss zum Tragen kommen, wenn bei den Einsparpotenzialen kein Spielraum mehr verbleibe. Die ermittelten Zahlen, auch die der Nachkalkulation, würden offen vorgelegt werden.

Herr Appellmann ergänzte, dass es sich bei dem vorliegenden Konzept aufgrund fehlender Erfahrungswerte um eine Modellrechnung auf der Basis angenommener Zahlen handle. Sollten sich die Zahlen steigern lassen, dann erziele man auch eine bessere Kostendeckung.

Fraktionsvorsitzender Weber kritisierte, dass das Vorhaben nicht ausgeschrieben, sondern direkt mit dem Kolping-Bildungswerk verhandelt worden sei. Er nähme jedoch an, dass auf dem freien Markt agierende Unternehmen die vorgestellte Leistung nicht so günstig anbieten könnten wie das Kolping-Bildungswerk. Er fragte nach, ob für den Transport der Mahlzeiten besondere Behälter erforderlich seien, die entsprechend teuer sein würden.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule bereits Behälter angeschafft worden seien, die nun genutzt werden könnten. Die darüber hinaus noch fehlenden Behälter für die OGS Holtwick würden ohne großen Kostenaufwand angeschafft werden können.

Ratsmitglied Fedder sprach die genannten Synergieeffekte an, die beim Einkauf bestünden und fragte nach, ob auch die Gemeinde von diesen Vorteilen profitieren werde.

Herr Rave erläuterte, dass die günstigen Konditionen auch der Mensa an der Verbundschule zugute kämen. Andere Synergieeffekte könnten im Personalbereich, z.B. in Notfällen, vorhanden sein. Grundsätzlich bestünde jedoch die Vorgabe, dass die Mahlzeiten in der Mensa hergestellt würden.

Ratsmitglied Eimers fragte nach den Preisen für die Mahlzeiten in den Grundschulen in Darfeld und Osterwick.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Preis für die Mahlzeiten in diesen beiden Schulen bei 3 € läge. Daher sei eine entsprechende Vorgabe auch für die Mahlzeiten der Mensa gemacht worden. Werde das Essen zu teuer, dann schwinde auch die Akzeptanz. An der Holtwicker Grundschule sei das Essen derzeit noch etwas günstiger, was an der Belieferung durch eine Großküche in Greven läge. Allerdings sei die Qualität des Essens nicht sehr gut, so dass ein Wechsel zu einem anderen Anbieter, wie in dem Konzept vorgeschlagen, von der Kolpingsfamilie Holtwick als Träger der OGS begrüßt werde. Da das Kolping-Bildungswerk die Leistung anbieten könne, ohne der Umsatzsteuerpflicht zu unterliegen, könne die Leistung zu einem günstigen Preis angeboten werden.

Ratsmitglied Deitert erkundigte sich, ob das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ noch existiere.

Bürgermeister Niehues bestätigte dieses. Das Programm käme auch bei den angebotenen Mahlzeiten der Mensa zum Tragen, so dass die betroffenen Kinder einen ermäßigten Preis zahlten.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte nach, ob an den an beiden Standorten vorhandenen bzw. geplanten Kiosken auch Brötchen verkauft würden und wo die Kinder Getränke erhielten.

Herr Rave erklärte, dass Wasser und Schorle verpflichtend zum Mittagessen gehörten.

Ratsmitglied Kreuzfeldt regte an, dass sich alle Schulen für das Programm „Obst für die Schulen“ bewerben sollten.

Bürgermeister Niehues sagte zu, dass die Möglichkeiten geprüft würden, gab aber zu bedenken, dass nicht alle Schulen in dem Programm berücksichtigt würden.

Ratsmitglied Eimers wies darauf hin, dass die Grundschule Darfeld derzeit von einer örtlichen Fleischerei beliefert werde. Dieser entginge dann in Zukunft das Geschäft.

Bürgermeister Niehues bestätigte dieses, allerdings handele es sich um eine begrenzte Anzahl von Fleischgerichten.

Ratsmitglied Fedder äußerte die Hoffnung, dass das Essensangebot auf eine gute Resonanz stoße und fragte nach, wie viele Mahlzeiten in der Küche zubereitet werden könnten.

Herr Rave erklärte, dass das Kolping-Bildungswerk kein eigenes wirtschaftliches Interesse habe, sondern nur das Interesse, die Kinder mit Essen zu versorgen.

Herr Appelman erläuterte, dass derzeit ca. 150 bis 160 geplante Essen in der Mensa problemlos hergestellt werden könnten, allerdings mit der Option der Erweiterung.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass es bei der Zusage bleibe, dass die Küche 300 bis 350 Essen liefern könne. Erfahrungswerte hätten gezeigt, dass die Mahlzeiten einer Mensa vorrangig von Grundschulkindern und Schülern der unteren Klassen in Anspruch genommen würden.

Ratsmitglied Fedder fragte nach, ob die Lager- und Spülkapazitäten auch dann noch ausreichten.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass auch bei Einhaltung aller Transportwege die Kapazitäten ausreichten.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte nach, warum Transportkosten, Fahrzeugkosten usw. in der Kalkulation nicht aufgeführt seien.

Herr Rave erläuterte, dass derzeit bereits schon Transporte ausgeführt würden, so dass keine zusätzlichen Aufwendungen anfielen.

Ratsmitglied Schubert bezweifelte, dass im Falle größerer Essenszahlen die Lager- und Platzkapazitäten ausreichten.

Bürgermeister Niehues riet dazu, die Entwicklung der Akzeptanz erst abzuwarten.

Ratsmitglied Schubert äußerte sich kritisch hinsichtlich der vorhandenen Kühlmöglichkeiten, auch wenn der zuständige Veterinär hier keine Probleme sähe.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass mit dem zuständigen Veterinär vor Ort die gesamte Planung unter Berücksichtigung aller einzuhaltenden Wege für Personal, Anlieferung und Auslieferung im Detail abgesprochen und abgestimmt worden sei.

Ratsmitglied Rahsing bat um Schluss der Aussprache.

Bürgermeister Niehues erklärte abschließend, dass laut Auffassung von Herrn Klewken als Verbandsvorsteher der Zweckverband der Verbundschule Legden Rosendahl für die Entscheidung über den Betrieb der Mensa nicht zuständig sei, sondern die Gemeinde Rosendahl, weil diese Eigentümerin der Mensa und der Küche

sei. Derzeit würde das Essen für die drei OGS in allen drei Ortsteilen bereits von den örtlichen Kolpingsfamilien organisiert. Diese würden künftig das Essen beim Betreiber der Küche in der Mensa bestellen. Ebenso wolle Herr Kleweken von dort das Essen für die Verbundschüler beziehen. Sollte Einverständnis darüber bestehen, dem Kolping-Bildungswerk probeweise für ein Jahr die Verantwortung zu übertragen, könne man auf das Erstellen einer gesonderten Sitzungsvorlage verzichten und über den Vorschlag direkt abstimmen.

Damit zeigten sich die Ratsmitglieder einverstanden.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Das von den Vertretern des Kolping-Bildungswerkes Münster vorgestellte Konzept für das Betreiben der Mensa an der Verbundschule Legden Rosendahl wird zustimmend zur Kenntnis genommen und soll zunächst für ein Jahr probeweise umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung

**22 Genehmigung über- und außerplanmäßiger Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW**  
**Vorlage: VIII/77**

Bürgermeister Niehues verwies auf die entsprechende Sitzungsvorlage.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Die beim Produkt 30 / 11.002 - Abfallbeseitigung und -entsorgung – entstehende überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 40.200 € wird unter Heranziehung von Mehreinzahlungen beim Sachkonto 401300 „Gewerbsteuer“ im Produkt 33 /16.001 – Allgemeine Finanzwirtschaft – zur deren Deckung genehmigt.
2. Die beim Produkt 57 / 12.001 - Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen - für die Spitzabrechnung des Eigenanteils für die Maßnahme „Nördliche Entlastungsstraße Osterwick“ entstehende außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 12.054,88 € wird unter Heranziehung von Minderauszahlungen bei der Investitionsmaßnahme „4-57-09020 – Baustraße Gewerbegebiet Eichenkamp II im gleichen Produkt zur deren Deckung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**23 Mitteilungen**

**23.1 Einladung zum Neujahrsempfang 2010**

Bürgermeister Niehues wies auf die Einladung zum Neujahrsempfang 2010 hin, der am 10. Januar im Rathaus in Osterwick stattfinden werde.

**24 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)**

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

*Es wurde vor dem Beginn der nichtöffentlichen Sitzung keine Sitzungspause eingelegt.*

Niehues  
Bürgermeister

Dorothea Roters  
Schriftführerin